

AktionsGemeinschaft: Uniko schafft neue Probleme anstatt bestehende zu lösen

Utl.: AG-Obmann Ramusch: "Werden die Forderungen keinesfalls akzeptieren." =

Wien (OTS) - Die AktionsGemeinschaft sieht in den Forderungen der Uniko eine grobe Fehleinschätzung der Realität für viele Studierende. "Eine Reduzierung der Prüfungsantritte wäre besonders für berufstätige Studierende fatal. Man würde die Fleißigen bestrafen, anstatt sie zu unterstützen", kritisiert Bundesobmann Dominik Ramusch das Vorhaben der Universitätenkonferenz. Es sei, so Ramusch, stark anzuzweifeln, dass dieser Vorschlag und die damit einhergehenden Konsequenzen für den Alltag von Studierenden bis zum Ende durchdacht worden seien, denn, so der AG-Obmann: "Die Flexibilität vieler Studienrichtungen lässt nur sehr wenig Spielraum für Erwerbstätigkeit zu. Damit würde eine grobe Benachteiligung gerade jener Studierenden stattfinden, die trotzdem nebenbei noch arbeiten. Die Möglichkeit, während des Studiums bereits Einblicke in die Arbeitswelt zu erlangen, ist etwas, das wir auf keinen Fall aufgeben wollen, zumal es genau in dem Bereich noch reichlich Luft nach oben gibt. Davon abgesehen brauchen einige das Einkommen dringend um sich teure Mieten und den Lebensunterhalt überhaupt leisten zu können." Die Forderung einer Exmatrikulation bei Prüfungsinaktivität hält Ramusch für absurd, denn als prüfungsinaktiv gilt ein Studienjahr bereits ab dem Unterschreiten der 16-ECTS-Grenze. Dies wird ohnehin mit dem Entzug der Kinderbeihilfe sanktioniert. Auch der Idee, wieder Studiengebühren einzuführen, kann der AG-Obmann nicht viel abgewinnen. "Wir haben dazu seit Jahren eine klare Position, die darauf basiert, dass die Einführung von Studiengebühren in der Vergangenheit zu keiner wesentlichen Verbesserung geführt hat. Außerdem ist nicht sichergestellt, dass die eingehobenen Studienbeiträge auch wirklich für den universitären Leistungsbereich Lehre verwendet werden", so Ramusch. Zusammenfassend ist es verwunderlich, dass die Uniko mit derart harten Forderungen auf die Studenten zugeht, im Gegenzug aber in keiner Weise darauf eingeht, das Leistungsangebot auch von Seiten der Hochschulen anzuheben.

Zwtl.: Vorschläge liegen auf dem Tisch

Die AktionsGemeinschaft plädiert deshalb schon seit Jahren für ein

geregeltes Zugangsmanagement. "Der offene Hochschulzugang ist für uns indiskutabel, jedoch muss man auf die Lebensrealitäten schauen. Wenn Hörsäle so überfüllt sind, dass Studierende am Boden sitzen müssen, sollte das ein Weckruf für alle Beteiligten sein. Zugangsregelungen, die der Qualitätssicherung vor allem bei Massenstudien dienen, sind für die AG die nächstliegende Möglichkeit hohen Drop-Out-Quoten, überfüllten Studiengängen und "Bummelstudenten" vorzubeugen", so Ramusch. In der Tat sprechen die Ergebnisse jener Standorte, wo dieses Reglement bereits eingeführt wurde, für ein solches Zugangsmanagement. "Wir werden die Forderungen der Uniko deshalb keinesfalls unterstützen und weiterhin auf unseren Ansätzen beharren, notfalls auch Protestmaßnahmen andeuten. Die Uniko kann und darf solch gravierende Entscheidungen nicht über die Köpfe der Studierenden hinweg treffen, insbesondere wenn dabei ausschließlich Symptome behandelt werden anstatt die Krankheit im Keim zu ersticken", mahnt der Bundesobmann der Aktionsgemeinschaft abschließend.

~

Rückfragehinweis:

Viktor Niedermayr

Pressesprecher

Mobil: 0676 6948164

Twitter: <https://twitter.com/niedervi>

Mail: office@aktionsgemeinschaft.at

Homepage: www.aktionsgemeinschaft.at

~

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/1334/aom>

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLISSLICHER
INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSENDERS - WWW.OTS.AT ***

OTS0017 2017-11-23/09:03

230903 Nov 17

Link zur Aussendung:

https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20171123_OTS0017